

## Die Wirtschaftsverhältnisse des Saargebietes nach dem Friedensvertrage.

Das Friedensdiktat von Versailles hat das Saargebiet auf 15 Jahre von Deutschland abgetrennt und für diese Zeit die Verwaltung des Gebietes einem Regierungsausschuß anvertraut, der vom Völkerbund ernannt wird und der gemäß Kapitel II § 17 des Friedensvertrages aus fünf Mitgliedern, darunter einem Franzosen, einem Saarländer und drei neutralen Personen bestehen soll. Auf die Wahl dieser fünf Regierungsmitglieder hat die Bevölkerung weder Einfluß, noch hat sie ein Vorschlagsrecht. Bei dem starken Einfluß Frankreichs im Völkerbund sind dann auch die Wahlen ganz im Sinne Frankreichs vorgenommen worden. Sogar das saarländische Mitglied der Regierungskommission gehört zu dem winzigen Teil der Frankophilen, deren es im Saargebiet vielleicht einige hundert im ganzen, sicher aber keine tausend gibt.

Nach Abschnitt IV, Artikel 45, des Friedensvertrages wurden mit Inkrafttreten des Friedensvertrages gleichzeitig dem französischen Staat alle Kohlengruben des Saargebietes als Erbschaft für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich völlig schuldens- und lastenfrei übertragen. Die Hälfte aller Arbeitnehmer des Saargebietes arbeitet im Kohlenbergbau. Der französische Staat als ihr Arbeitgeber vermag daher auf die saarländische Wirtschaft einen nicht unbedeutenden Einfluß auszuüben. Dieser Einfluß wird aber dadurch vergrößert, daß durch den Friedensvertrag Kapitel II § 31 gleichzeitig das Saargebiet dem französischen Zollsystem eingeordnet wird. Nach § 32 desselben Kapitels ist endlich der Umlauf französischen Geldes keiner Beschränkung unterworfen. Bei Beurteilung der saarländischen Wirtschaftsverhältnisse müssen diese Tatsachen unbedingt berücksichtigt werden, da man sonst ein klares Bild nicht gewinnen kann. Die Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse seit Inkrafttreten des Friedensvertrages ist daher beeinflusst worden, erstens, durch den Uebergang der Gruben in den Besitz des französischen Staates, zweitens durch die Zollverhältnisse und drittens durch die Währungsfrage. Als Unterlagen sind weiter die Entwicklung der saarländischen Industrie, des saarländischen Handels und des saarländischen Handwerks zu behandeln.

Zwei Werke der Schwerindustrie hatten schon vor dem Kriege französisches oder belgisches Kapital. Unter dem militärischen Druck, der während des Waffenstillstandes ausgeübt wurde, und der sich auf die Kohlenverteilung und Erzzufuhr erstreckte, gelang es französischem Kapital, von fast allen übrigen Werken der Schwerindustrie und von einem Teil der weiterverarbeitenden Industrie die Mehrheit zu erwerben. Durch Anstellen französischer Generaldirektoren und durch Wahl von Franzosen in die Aufsichtsräte kam das auch äußerlich zum Ausdruck. Als nun die französischen Staatsgruben auf Wunsch eines Bruchteiles der Bergarbeiter den Franken einführten, mußte die Schwerindustrie sehr

balb folgen, zumal die französische Leitung der Werke die Einführung eher begünstigte, als ihr widerstrebt. Anders war es bei einem Teil der weiterverarbeitenden Industrie. Sie ist bei dem Absatz ihrer Erzeugnisse stark auf den deutschen Markt angewiesen, sie muß bereits Kohlen und Eisen in Frankwährung bezahlen, eine Löhnung ebenfalls in Franken würde ihren Ruin bedeutet haben. Durch energischen Widerstand ist es ihr bis heute gelungen, an der Mark festzuhalten. Die Regierungskommission des Saargebietes hat die Bestimmung des Friedensvertrages, daß der Umlauf des französischen Geldes keiner Beschränkung unterworfen ist, so ausgelegt, daß dem Franken möglichst der Weg zu ebnen sei. Im März 1921 erklärte die Regierungskommission, daß eine Erhöhung der Gehälter der Eisenbahnbeamten und Arbeiter in Mark nicht möglich sei, dagegen sei die Regierung bereit, eine Verbesserung der Löhne durch Frankeneinführung vorzunehmen. Eine Abstimmung hatte das Ergebnis, daß sich zwar die Eisenbahner mit zwei Drittel Mehrheit gegen den Franken aussprachen, daß aber die Regierungskommission trotzdem die Frankeneinführung bei den Saarbahnen und der Post einführte und Frachten, Porto und Fahrgehalt nur noch in Franken erhob. Im August 1921 folgte alsdann die Besoldung aller Staatsbeamten in Frankwährung. Die Kommunalbeamten verlangten Gleichstellung mit den Staatsbeamten und erhielten durch einen Spruch des neuerrichteten Verwaltungsgerichtes ebenfalls die Frankeneinführung bis zum 1. April 1922. Für die Zeit nach dem 1. April 1922 hatten die meisten Kommunalverwaltungen 100 Prozent Zuschlag auf die Sätze der Reichsbeamtenehälter bewilligt. Die Beamten haben jedoch erneut Klage auf Frankeneinführung erhoben; eine Entscheidung hat das Verwaltungsgericht bis heute noch nicht gefällt.

Da die Industrie ihre Arbeiter in Frankwährung löhnen und neben den Erzen auch die Kohlen in dieser Währung bezahlen mußte, konnte sie gegen den deutschen Wettbewerb nicht mehr aufkommen. Zu einer Zeit, wo in Deutschland gute Beschäftigung war, mußten deshalb im Saargebiet große Betriebseinschränkungen vorgenommen werden. Auch die französischen Staatsgruben mußten die Kohlen auf die Halben schütten und Feierschichten wegen Abfahrmangels einlegen. Die Löhne der Industrie- und Bergarbeiter, die von Anfang an unter den innerfranzösischen Löhnen standen, mußten herabgesetzt werden. So wurde erreicht, daß die Saarerzeugnisse wieder Absatz auf den Weltmärkten fanden, aber den nahegelegenen deutschen Markt können sie auch heute noch nicht wiedererobern. Nur dadurch, daß das Saargebiet bis zum Jahre 1925 zollfreie Einfuhr für alle in Deutschland hergestellten und aus Deutschland kommenden Produkte hat, und daß dadurch die Lebens-

haltung der Bevölkerung niedriger ist, wird es der Saarindustrie ermöglicht, sich durch niedrigere Löhne auf dem Weltmarkt zu behaupten.

Das Aufhören der Zollfreiheit am 10. Januar 1925 hat eine Reihe deutscher Industriefirmen veranlaßt, im Saargebiet Niederlassungen zu errichten, um nach dieser Zeit dort ihre Erzeugnisse herzustellen. Besonders stark haben sich in letzter Zeit die Zigaretten- und Spirituosenindustrien entwickelt. Aber auch Fahrrad- und Schuhindustrie haben sich neu angesiedelt.

Augenblicklich beziehen im Saargebiet etwa zwei Drittel der Bevölkerung ihr Einkommen in Franken, bei dem niedrigen Stand der deutschen Währung sind sie dadurch außerordentlich kaufkräftig. Diese Kaufkraft kam neben dem saarländischen Handwerk in der Hauptsache dem saarländischen Handel zugute. Die Umsätze des Handels dürften sich sehr gehoben haben. Infolge der scharfen Wucherbekämpfung und rigorosen Preiskontrolle, die im Saargebiet schärfer als im Reich gehandhabt wurde, hat aber der Handel kaum den Gewinn machen können, der diesen Umsätzen entprochen hätte. Der Handel hat also nicht die Reserven sammeln können, die bei der ungewissen und stark schwankenden Lage im Saargebiet eigentlich erforderlich wären, um zukünftige Verluste auszugleichen. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß der große Teil der Franken verdienenden, kaufkräftigen Bevölkerung seinen Bedarf für lange Zeit gedeckt hat, und daß das Saargebiet nach dem Westen keine Zollschranken mehr hat. Bei einem Währungsumschlag ist es daher der Gefahr ausgesetzt, sofort mit französischen Waren in großem Umfange überflutet zu werden. Bei dem Steigen der deutschen Währung im Jahre 1920 hat sich gezeigt, daß die Preise des saarländischen Handels in wenigen Tagen stürzten, während in Deutschland dieser Zustand erst nach Wochen und Monaten eintrat. Umgekehrt klettern bei steigender Tendenz der Mark auch die saarländischen Preise schneller als im Reich, da die Bevölkerung ganz auf die Baluta eingestellt ist und durch Hamstern von Waren zu spekulieren pflegt. Eine Vertenerung erleiden deutsche Produkte auch durch die Frankenschichten auf den Saarbahnen, durch die Gebühren für die deutsche Ausfuhrkontrolle, und endlich dadurch, daß eine Reihe reichsdeutscher Lieferanten das Saargebiet trotz aller Mahnungen, oder aus Unkenntnis, als Ausland behandelt und dementsprechend ihre Preise stellt.

Der Transithandel war von geringerer Bedeutung, der Handel mit Elsässer Waren, die ja auch fünf Jahre zollfrei nach Deutschland eingeführt werden dürfen, ging infolge der Vorkrist, daß die Waren unmittelbar nach Deutschland zu versenden sind, meist über Kehl oder auf sonstigen direkten Wegen nach

Deutschland, umgekehrt erschwerte die deutsche Einfuhrkontrolle und die damit verbundenen Förmlichkeiten ebenfalls eine Zwischenlagerung der Waren im Saargebiet. Der Elsaß-Lothringer Markt, der vorher vom Saargebiet beherrscht wurde, war seit dem Friedensschluß fast ganz verloren. Nur die Feinindustrie und das Handwerk fanden dorthin Absatz, der aber durch französische Zollschikanen sehr erschwert wurde. Alle Verkäufe im saarländischen Handel werden noch heute auf der Markbasis abgeschlossen, ebenso wie der Handel seine Angestellten und Arbeiter in Mark bezahlt. Die Teuerungszahlen im Saargebiet stehen etwa ein Drittel über dem Reichsdurchschnitt, die Gehälter und Löhne jedoch zurzeit fast 100 Proz. über den reichsdeutschen Tarifen. Mit ähnlich hohen Löhnen hat das Handwerk zu rechnen. Infolgedessen besteht die Neigung, Arbeiten in Deutschland ausführen zu lassen. Die Handwerkskammer hat aber von den reichsdeutschen Behörden erreicht, daß Ausfuhrerlaubnis für Schreinerarbeiten, wie Türen und Fenster — solche Arbeiten kommen in der Hauptsache in Frage — nur nach vorheriger Anhörung der Handwerkskammer erteilt werden. Ferner leidet das Handwerk stark unter dem Umstand, daß seine besten Arbeiter, durch hohe Angebote verlockt, nach Lothringen und nach dem Wiederaufbauggebiet abwandern. Auch das Handwerk tätigt seine Verkäufe auf der Markbasis. Bei Handel, Handwerk und weiterverarbeitender Industrie besteht auch Einmütigkeit, diese Basis so lange wie möglich beizubehalten. Nur die Landwirte und ein Teil der Hausbesitzer zeigen eine andersgerichtete Tendenz. Erstere erhofft auf dem Umwege über den Franken eine Erhöhung der Preise für ihre Produkte, während der Hausbesitz dadurch eine Lockerung der Zwangsmieten erwartet.

Die Aussichten für die Zukunft, insbesondere für die Zeit nach dem 10. Januar 1925, nach Aufhebung der Zollfreiheit für deutsche Produkte, werden allgemein ungünstig beurteilt. Die Industrie wird ihre günstige Produktionsbasis durch den Wegfall der billigeren, deutschen Versorgung verlieren, sie wird dann schwer zu kämpfen haben. Der Handel wird ebenfalls nur noch wenig deutsche Erzeugnisse einführen können und zusehen müssen, wie die Bevölkerung über die Grenze fährt, um sich mit deutschen Waren, die ihrem Geschmack besser zusetzen, zu versorgen, namentlich wird das bei Bekleidungsgegenständen der Fall sein. Das Handwerk dagegen wird durch den allgemeinen Niedergang und damit verbundenen Rückgang der Bautätigkeit in Mitleidenschaft gezogen werden.

Wir wollen hoffen, daß dem Saargebiet, das schon bei guter Konjunktur von schweren Störungen und heftigen Schwankungen nicht verschont geblieben ist, und das an seinem politischen Los schon schwer genug trägt, schwere Prüfungen erspart bleiben.